

Anfrage

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 24/0565-01

Status: öffentlich

Datum: 30.08.2024

Waffenverbotszonen in Mülheim an der Ruhr

Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Beratungsfolge:

| <u>Gremium:</u> | <u>Datum:</u> | <u>Status:</u> | <u>Zuständigkeit:</u> |
|-----------------|---------------|----------------|-----------------------|
| BSO | 19.09.2024 | Ö | Kenntnisnahme |

Sachverhalt:

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Grüne bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Stehen Verwaltung und Polizei bereits in Kontakt mit der NRW-Landesregierung bezüglich der Einrichtung von Waffenverbotszonen nach § 42 Abs. 5, Abs. 6 WaffG in Mülheim an der Ruhr?
2. Hat die Polizei in Mülheim bereits individuelle Waffentrageverbote für Einzelpersonen erwogen oder umgesetzt, wie sie in jüngster Vergangenheit von der Polizei Recklinghausen verhängt wurden?
3. Welche Voraussetzungen müssen für eine Gefahrenprognose vorliegen, die als Grundlage für die o.g. Rechtsverordnungen ausreicht? Bitte beispielhaft die Art der

Delikte und deren Anzahl (grober Rahmen) benennen, damit Politik und Bürgerschaft sich ein konkretes Bild machen können.

4. Wie viele Messerangriffe und Opfer von Messerangriffen hat es im Mülheimer Stadtgebiet ab 2023 gegeben?

5. Wie lautet die aktuelle Einschätzung von Polizei und Verwaltung bzgl. der Möglichkeit einer Videoüberwachung im öffentlichen Raum nach dem Polizeigesetz NRW?

6. Hält die Verwaltung und/oder die Polizei es für sinnvoll, öffentlichkeitswirksam speziell über die verheerenden Folgen des Einsatzes von Messern gegen Personen aufzuklären?

Begründung:

Der am 28. August 2024 von NRW-Innenminister Herbert Reul vorgestellte Lagebericht zur Messergewalt zeigt, dass in 2023 6.221 Straftaten mit Messern in NRW erfasst wurden. Die Anzahl der Gewaltdelikte unter Beteiligung von Hieb- oder Stichwaffen steigt laut polizeilicher Kriminalstatistik seit Jahren an. Dies macht uns und vielen Menschen in unserer Stadt große Sorgen.

Da Messerangriffe in den meisten Fällen schwere bis tödliche Verletzungen hervorrufen, wäre es ratsam, Messerverletzungen und deren Folgen in Informationskampagnen aufzeigen. Die enorme Gefahr wird häufig unterschätzt.

Christina Küsters

CDU-Fraktionsvorsitzende

Brigitte Erd / Timo Spors

Fraktionsvorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Max Oesterwind

Ausschusssprecher

CDU-Fraktion

Niels Rose

Ausschusssprecher

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen